
Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten für den SPD-Landesvorsitz auf die Fragen des SPD-Kulturforums zur kulturellen Entwicklung Berlins

Inhalt

	Seite
1. Allgemeinen Einschätzung	2
2. Antisemitismus	4
3. Religionsunterricht	6
4. Architektur	7
5. Stadtentwicklung	9
6. Zentrale Landesbibliothek	11
7. Alte Münze	12
8. Sparpolitik	13

1. Zunächst zu einer allgemeinen Einschätzung: Wie beurteilt Ihr die gegenwärtige Situation von Kunst und Kultur in Berlin, wo seht Ihr positive Entwicklungen, wo droht Bedeutungsverlust? Welchen Eindruck habt Ihr von den bisherigen Aktivitäten des Kultursenators?

Antwort zu 1.: *Jana Bertels/Kian Niroomand*

Kunst und (Erinnerungs-)Kultur sind Teil von Berlins Selbstverständnis und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ausstellungen, Bibliotheken, Galerien, Gedenkstätten, Erinnerungsorte, Kinos, Kneipen, Chöre, Konzerthäuser, Museen, Musikclubs, Tanzkultur, Opern, Theater und insbesondere die freie Szene machen die weltweite Strahlkraft Berlins aus. Der Etat der Senatsverwaltung umfasst inzwischen knapp 1 Mrd. Euro. Das unterstreicht die Bedeutung dieses Politikfeldes für unsere Stadt. Trotz der vielfältigen und bunten Kunst- und Kulturszene gibt es aber auch Herausforderungen: die Folgen der Pandemie, die Inflation und hohen Energiekosten machen sich auch bei den großen Institutionen bemerkbar.

Eine Herausforderung besteht in der Sicherung und Schaffung von Räumen für Ateliers und künstlerische Produktion. Seit der Friedlichen Revolution sind viele Räume im Zuge der wachsenden Stadt und der Gentrifizierungsprozesse verloren gegangen. Die Berliner Archive als Wissensspeicher benötigen dringend ausreichende finanzielle Mittel zur Bestandserhaltung und auch zur Digitalisierung. Hierfür sollten gezieltere Förderprogramme zur Digitalisierung relevanter Bestände eingesetzt werden. Der Bereich der Erinnerungskultur darf aufgrund des Erstarkens von Rechts und der Angriffe auf unsere Demokratie auf keinen Fall einen Bedeutungsverlust erleben. Ebenso darf es hier nicht zu einer Einsparung von Mitteln kommen.

Unbedingt gefördert werden sollten neuartige Wissensvermittlungsformate sowie die nachhaltige Sicherung von Zeitzeug:innen berichten im Bereich NS und im Bereich SBZ/DDR, wie Video-Interviews und 3D-Hologramme.

Wichtig ist uns auch, dass die Berliner Clubkultur als Weltkulturerbe anerkannt wurde daher nicht länger hinter den anderen Sparten zurückstehen darf. Über alle Bereiche der Kunst und Kultur hinweg ist es wichtig, auch in finanziell herausfordernden Zeiten, weiterhin kleine, innovative Projekte zu fördern, und entsprechende Förderprogramme auszuschreiben, weil dies oftmals die Projekte sind, die vor Ort agieren und in den entsprechenden Communities stark verankert sind.

Der Kultursenator ist ein Quereinsteiger aus der Kreativwirtschaft. Er preschte zuletzt zweimal mit einzelnen Themen vor, ohne sich im Vorfeld mit der CDU- oder SPD-Fraktion oder im Koalitionsausschuss abzusprechen. Beispiele dafür sind die Antidiskriminierungsklausel, mit der er nach dem 7. Oktober ein Zeichen setzen wollte, sich hierfür aber weder mit der Kulturszene noch mit den Fraktionen oder Parteien abgesprochen hat. Schlussendlich wurde dieser Vorschlag wegen rechtlicher Bedenken zurückgezogen. Ähnlich verhält es sich mit der Idee des Umzugs der ZLB in das Gebäude der Galeries Lafayette, die am horrenden Preis des Investors scheiterte. Auch hier agierte unseres Kenntnisstandes nach ohne Absprachen, also auch ohne vorherige Einbeziehung des Regierenden Bürgermeisters oder der Senatsverwaltung für Finanzen.

Hinsichtlich erinnerungspolitischer Projekte wie dem „Campus für Demokratie“ auf dem ehemaligen Gelände des MfS in Lichtenberg scheint sich der Kultursenator ebenfalls interessiert zu zeigen. Er hat diesen bereits mehrfach besucht und sich über die Weiterentwicklung des Campus mit dem Forum Opposition und Widerstand zu einem gesamtstädtisch bedeutenden Erinnerungsprojekt informiert. Hier sollte es für uns als SPD vor allem darauf ankommen, dass das Land Berlin vom Bund die notwendige Unterstützung erhält. An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich das starke Engagement unseres Staatssekretärs Stefan Machulik für den Campus für Demokratie zu nennen, der im permanenten Austausch mit den relevanten Stakeholdern vor Ort ist und sich aktiv einbringt.

Antwort zu 1. **Nicola Böcker-Giannini/Martin Hikel**

Berlin ist eine der führenden Kunst- und Kulturmetropolen mit weltweiter Anziehungskraft und Bedeutung. Kunst und Kultur gehören zu unserer DNA wie kaum ein anderer Bereich. Sie prägen die Atmosphäre und das Image unserer Stadt. Auch wirtschaftlich spielt die Kreativ- und Kulturwirtschaft eine zentrale Rolle. Ihr Anteil am Berliner Wirtschaftsleben nimmt einen der vorderen Plätze ein. Sie ist mit über 13,5 Milliarden € für ca. 17% des Gesamtumsatzes der Berliner Wirtschaft verantwortlich.

Kunst und Kultur sind aber weit mehr als ein Wirtschaftsfaktor. Berlins einzigartige und vibrierende Kulturlandschaft ist von Diversität geprägt – sei es die renommierte Philharmonie oder die vielen Theater in der Hochkultur, die kleineren Ensembles, die Clubs oder die Museen und Ausstellungsräume, die international Beachtung finden. Zudem gibt es die Populärkultur mit (Pop)Konzerten, Musicals und Festivals sowie die freie Künstlerszene mit immer wieder überraschenden Ideen und Spannungsfeldern, die zum Diskurs und manchmal auch zum Streit anregen. Kurz: Berlin lebt von der Freiheit und Kreativität und dem Wagemut, den die Stadt in all ihren Brüchen, auch geschichtlich, geradezu zu leben und atmen scheint.

Als Vorsitzende der SPD Berlin wäre es unser Ziel, diese Lebendigkeit und Dynamik zu erhalten und die Kultur überall da, wo wir können, zu unterstützen. Deshalb danken wir dem Kulturforum für seine Fragen, die wir wie folgt beantworten::

Berlin hat die Corona-Krise im Bereich Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft dank der Förderung aus Bundes- und Landesmitteln besser überstanden als so manch andere Metropole. Dies war eine große Leistung, insbesondere der damaligen Koalition unter SPD-Führung. Wir hatten verhältnismäßig wenig Schließungen zu verzeichnen und Berlin ist aufs Neue attraktiv für Besucher aus aller Welt. Gleichwohl hat die Krise viele Kulturschaffende vor große wirtschaftliche und persönliche Herausforderungen gestellt.

Wir nehmen allerdings auch schwierige Entwicklungen wahr wie die steigenden Mietkosten für Ateliers und Galerien, die wegen zunehmend hoher Produktionskosten ungewisse Zukunft der Filmindustrie, die „Strike-Germany“- Bewegung oder die Verdrängungsprozesse in der Clublandschaft. Auch die hohe Subventionierung der Berliner Hochkultur durch den Landeshaushalt wird angesichts der angespannten Haushaltslage evaluiert werden müssen. Kultur lebt davon, breit akzeptiert und antizipiert zu werden. Die Berliner Clublandschaft ist einzigartig in Europa, aber auch hier sehen wir die negativen Entwicklungen der Mietpreisspirale und der Monetarisierung der Szene, die die Vielfalt immer weiter einschränkt. Angesichts der Entwicklung in unserer Stadt ist und bleibt die Schaffung und Erhaltung von freien und bezahlbaren Orten für Künstlerinnen und Künstler und aller Kreativer, auch in der Mitte unserer Stadt und unserer Gesellschaft, eine der wichtigsten Aufgaben für die zukünftige Kulturpolitik. Ihr fragt nach dem neuen Kultursenator Joe Chialo und seinem Wirken. Seine Vita erklärt seine Nähe zu Kulturschaffenden und seine Fähigkeit, „Out of the Box“ zu denken. Daher empfinden wir sein bisheriges Wirken für Berlin in dieser Koalition als durchaus fruchtbar. Hinsichtlich der von ihm initiierten „Antisemitismusklausel“ hätten wir uns jedoch eine breitere vorgeschaltete Diskussion und sorgfältigere juristische Prüfung gewünscht. Wir wollen auch nicht, dass antisemitische Aktionen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, aber die Kunstfreiheit muss weiterhin grundsätzlich gewährleistet sein.

Antwort zu 1.: **Luise Lehmann/Raed Saleh**

Kunst und Kultur sind für uns die tragenden Säulen der Hauptstadt und wesentlicher Teil von Berlins Selbstverständnis. Ausstellungen, Bibliotheken, freie Szene, Galerien, Gedenkstätten, Kinos, Kneipen, Chöre, Konzerthäuser, Museen, Musikclubs, Tanzkultur, Opern und Theater prägen die weltweite Strahlkraft Berlins. Die größte Herausforderung besteht in der Sicherung und Schaffung von Räumen für Ateliers und künstlerische Produktion, die in den vergangenen Jahrzehnten durch die wachsende Stadt und Gentrifizierungsprozesse verloren gegangen sind. Dies gilt auch für die vielfältige und bunte Clubszene der Stadt.

Der Kultursenator konnte zunächst mit der Antidiskriminierungsklausel einen Impuls setzen, allerdings wurde diese wegen rechtlicher Bedenken zurückgezogen. Ähnlich verhält es sich mit der Idee des Umzugs der ZLB in das Gebäude der Galeries Lafayette, die im Wesentlichen am horrenden Preis des Investors scheiterte.

2. **Antisemitismus.** In den letzten Monaten gab es eine Reihe von Auseinandersetzungen im Zusammenhang von Veranstaltungen der Kunst, Kultur und Wissenschaft, in denen die Haltung zum Nahostkonflikt im Zentrum standen und in denen antisemitische Äußerungen gefallen sind. Daraus entstand eine Diskussion über die Frage, wie Politik darauf reagieren soll. Hierzu bitten wir, folgende (stichwortartig formulierte) Positionen zu bewerten:

stimmen zu unentschieden lehnen ab

- | | | | |
|--|-----|-----|-----|
| - Für eine Änderung der Berliner Verfassung | () | () | () |
| - Für die Einführung einer Antisemitismusklausel | () | () | () |
| - Für eine Änderung des Grundgesetzes | () | () | () |
| - Nichts davon: Artikel 5/GG hat Vorrang | () | () | () |

Sollten stattdessen bzw. darüber hinaus andere als rechtliche Strategien verfolgt werden? In welche Richtung könnten die gehen, um die Auseinandersetzung und Ausbreitung antisemitischer Haltungen und eine weitere Eskalation zu verhindern?

Antwort zu 2.: **Nicola Böcker-Giannini/Martin Hikel**

Wir möchten darauf verweisen, dass die geforderten multiple-choice-Antworten naturgemäß der Komplexität der dahinter liegenden Themen nicht gerecht werden können und es uns damit nicht ermöglichen, unsere Position angemessen zu beschreiben. Wir sind der Ansicht, dass eine so weitreichende Positionierung mit der Breite der Partei und mit externen Expertinnen und Experten diskutiert werden muss. Dazu stehen wir bereit, wenn wir Landesvorsitzende werden.

Unsere Stadt steht wie kaum eine andere für Vielfalt und Toleranz. Wir wollen auf unseren Straßen keine Kultur des Hasses, sondern ein verbindendes Miteinander. Dazu müssen wir Strukturen und Formate unterstützen, die Menschen unterschiedlicher Religionen, Perspektiven und Meinungen zusammenbringen. Wir müssen dafür sorgen, dass der politische Islam, den wir viel zu lange geduldet haben, endlich wirksam bekämpft wird. Wir unterstützen daher die Deutsche Imamausbildung, alle Projekte, die in die Schulen gehen, wie zum Beispiel „Heroes“, oder die Arbeit der Boxgirls in Neukölln.

Kriegerische Konflikte dürfen grundsätzlich nicht auf Berliner Straßen ausgetragen werden. Szenen, die wir in Berlin nach dem mörderischen Überfall der Hamas auf friedliche Israelis nach dem 07. Oktober 2023 sehen mussten, müssen wir konsequent ahnden. Dazu müssen wir bestehende Gesetze konsequent anwenden.

Wir positionieren uns klar gegen jede Form von Antisemitismus und setzen uns für friedliche Lösungen von Konflikten ein, um Leid auf allen Seiten zu vermeiden. Deutschland und Israel sind nicht nur Partner, sondern wir haben die Verpflichtung, jüdisches Leben zu schützen. Der Aufgabe werden wir gerade nicht in dem Maße gerecht, wie wir müssten. Das darf so nicht bleiben. Wir müssen anerkennen, dass Antisemitismus ein primär politisches und kein religiöses Problem ist. Statt einen Fokus auf interreligiöse Dialoge zu legen, braucht es Angebote, die Antisemitismus schonungslos in allen Facetten bearbeiten.

Antwort zu 2.: **Luise Lehmann/Raed Saleh**

Die Kunstfreiheit ist ein hohes Gut. Klar ist für uns auch: Antisemitismus werden wir nicht dulden, weder hier in Berlin noch anderswo, ebenso wie wir andere Formen der Diskriminierung nicht dulden werden. Fakt ist, die Hürden für eine rechtssichere „Anti-Antisemitismusklausel“ in einfacher Gesetzgebung sind hoch und wir sind bereits jetzt rechtlich dazu in der Lage, Zuwendungsempfangenden Mittel zu entziehen. Gleichzeitig sehen wir weiteren Handlungsbedarf in der Sache. Wir setzen deshalb zum einen auf die in Kürze einzusetzende Enquete-Kommission des Berliner Abgeordnetenhauses, die noch in dieser Legislatur wichtige Empfehlungen abgeben wird. Änderungen an der Berliner Verfassung (oder notfalls auch des Grundgesetzes) sind für uns dabei absolut denkbar und unter Umständen wünschenswert.

Eine weitere ganz konkrete Maßnahme ist für uns die weitere strukturelle Stärkung der Zivilgesellschaft in Form der vielfältigen Initiativen und Vereine, die sich erfolgreich für Dialog und Prävention sowie gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit einsetzen. Schutz vor Antisemitismus und Rassismus sind letztlich gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die von der bunten und vielfältigen Zivilgesellschaft getragen sind. Der Staat muss dafür die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Antwort zu 2.: **Jana Bertels/Kian Niroomand**

	Stimmen zu	unentschieden	lehnen ab
- Für eine Änderung der Berliner Verfassung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Für die Einführung einer Antisemitismusklausel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
- Für eine Änderung des Grundgesetzes	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Nichts davon: Artikel 5/GG hat Vorrang	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Kunstfreiheit ist ein hohes Gut. Fakt ist, dass wir Antisemitismus nicht dulden und bereits durch das LADG einen Handlungsrahmen haben und mit dem das Land Berlin in der Lage ist Zuwendungsempfängern Mittel zu entziehen. Klar ist aber auch, dass Jüdinnen und Juden in Berlin in Angst leben und es ein Zeichen braucht – gerade von der Berliner Sozialdemokratie. Wir stehen für Dialog, sehen für unsere Stadt und die Jüdinnen und Juden Handlungsbedarf. Wir wollen aber das Ergebnis der Enquetekommission und der aktuellen Debatte abwarten. Gerade angesichts der kollidierenden Verfassungsrechte (Art. 3 und Art. 5 GG).

3. **Religionsunterricht.** Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD sieht die Einführung eines Wahlpflichtfachs Weltanschauungen/Religionen zusätzlich zum Fach Ethik in der Verantwortung der Religionsgemeinschaften vor. Die SPD hat eine solche Forderung in der Vergangenheit weder unterstützt noch gar selbst erhoben. Wie beurteilt Ihr dieses Projekt und welche Haltung schlägt Ihr hierzu der Berliner SPD vor?

Anmerkung Kulturforum: Inzwischen scheint die CDU dieses Projekt selbst nicht mehr zu verfolgen.

Antwort zu 3.: **Nicola Böcker-Giannini/Martin Hikel**

Wir schätzen jede Form des gesellschaftlichen Engagements, das zum Zusammenhalt in unserer Stadt beiträgt. Das gilt für Sportvereine, Initiativen und selbstverständlich auch für die wertvolle Arbeit der Glaubensgemeinschaften. An den Berliner Schulen ein Pflichtfach Religion einzuführen, halten wir jedoch für den falschen Ansatz. Nicht ohne Grund haben wir uns als SPD immer für ein religiös und weltanschaulich neutrales Fach Ethik eingesetzt. Und nachdem die aktuelle Novellierung des Schulgesetzes die Einführung eines verpflichtenden Religionsunterrichts auch nicht mehr vorsieht, hat sich dieses Vorhaben wahrscheinlich auch erledigt.

Antwort zu 3.: **Jana Bertels/Kian Niroomand**

Das Fach Ethik ist für uns ein wichtiger Beitrag zum Schulunterricht. Wer in Religions- oder Lebenskunde unterrichtet werden möchte, kann dies freiwillig wählen. Damit steigern wir auch in Fragen von Religion die Entscheidungsfreiheit von Schülerinnen und Schülern in Berlin. Das sollte aus sozialdemokratischer Perspektive auch so bleiben. Zudem ist die Nachfrage nach Religionsunterricht in Berlin seit Jahren rückläufig. Uns ist wichtig, dass alle Kinder den Ethikunterricht besuchen

Antwort zu 3.: **Luise Lehmann/Raed Saleh**

Wir stehen zum Fach Ethik. Religions- und Lebenskundeunterricht kann in Berlin als freiwilliges Unterrichtsfach gewählt werden. Schülerinnen und Schüler können in Berlin selbst entscheiden, ob oder an welchem Religionsunterricht sie teilnehmen wollen. Das wollen wir nicht ändern, zudem ist die Nachfrage nach Religionsunterricht in Berlin seit Jahren im Rückgang.

4. **Architektur.** Auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind Fragen von Architektur und Stadtentwicklung vor allem in der Mitte Berlins auf der Tagesordnung. Initiativen zur Durchsetzung einer historisierenden Architektur melden sich zu Wort, sei es mit der Forderung nach einer traditionellen Gestaltung des historischen Mitte oder wie in der Koalitionsvereinbarung durch die Forderung nach einer Fassaden- Rekonstruktion der Bauakademie. Auf der anderen Seite wird von vielen eine „Investorenarchitektur“ kritisiert, wie etwa im umgebauten Tacheles.

Wie steht Ihr zur Architektur und Stadtgestaltung Berlins?

Antwort zu 4. : **Luise Lehmann/Raed Saleh**

Wir kennen die mitunter emotional geführten Diskussionen um historische Fassaden und um eine Architektur, die sich zu sehr auf Investoreninteressen konzentrieren könnte. Bei diesen zum Teil hochspezialisierten Fragen setzen wir wesentlich auf das Expert:innenwissen, das in der Mitgliedschaft unserer SPD vorhanden ist. Uns ist es wichtig, dass in der Stadtgestaltung unserer Stadt beides seinen Platz findet: Einerseits spiegelt sich in unserer Architektur der Charakter Berlins als moderne Weltmetropole, in der Alteingesessene ebenso wie neuHinzugezogene aus der ganzen Welt Platz finden. Gleichzeitig muss auch mit unserem historischen Erbe der Stadt in all seinen Facetten respektvoll umgegangen werden.

Antwort zu 4. **Nicola Böcker-Giannini/Martin Hikel**

Architektur und Stadtplanung prägen das Gesicht einer Stadt. Sie entscheiden mit, ob wir uns in unserem Kiez, an unserem Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum wohlfühlen. Funktionalität, Ästhetik, Klimaaspekte und Wirtschaftlichkeit müssen dabei ganzheitlich betrachtet werden. In der Vergangenheit hat sich Berlin immer wieder als mutige Architekturmetropole gezeigt, viele ikonische Bauwerke sind dabei hervorgegangen. Es gibt weltweit vielfältige Beispiele moderner Architektur, die mehr als überzeugend sind. Wir müssen sie nur in Berlin auch wieder einfordern und zulassen. Daran wollen wir wieder stärker anknüpfen.

Wenn man sich jedoch unter „Investorenarchitektur“ beispielsweise die Bebauung der Heidestrasse anschaut, muss man gegen „Investorenarchitektur“ sein. Die Antwort kann aber nicht in rein historisierender Architektur liegen. Gerade in einer immer noch wachsenden Stadt müssen wir aufgeschlossen sein für fortschrittliche Architektur im Sinne sowohl von Lebensqualität als auch Ästhetik. Dazu gehört auch die Bereitschaft, an ausgewählten Standorten gezielter in die Höhe zu bauen.

Das Tacheles ist kein gutes Beispiel für den Versuch, die Stadt modern und trotzdem in seiner ursprünglichen Textur zu gestalten. Ideenlosigkeit hat dort ein ehemals gewachsenes Quartier seiner Atmosphäre beraubt. Heidestrasse und Tacheles sind Beispiele für Stadtgestaltung, wie wir sie nicht wollen.

Anzumerken bleibt, dass die sog. „Investorenarchitektur“ auch von sozialdemokratischen und linken Senatoren mit verantwortet worden ist. Umso mehr müssen wir auch in unserer Partei wieder mehr Sachdiskurse dazu führen, wie die künftige bauliche Gestalt unserer Stadt aussehen soll und wie wir bestehende Zielkonflikte im Stadtentwicklungsbereich sachgerecht auflösen können.

Die Forderung nach einer Rekonstruktion der Bauakademie in ihrem historischen Äußeren ist eine, die in allen Senaten gefordert wurde - also auch unter Klaus Wowereit, Michael Müller und Franziska Giffey. Selbst die sonst gegenüber Rekonstruktionen grundsätzlich kritische Landesdenkmalpflege in Berlin ist ein Befürworter an dieser historischen Stelle. Die Bauakademie gilt als besonders innovativer Bau des 19. Jahrhunderts, die europaweit Vorbild war. Wir schließen uns dieser Sichtweise an.

Antwort zu 4.: Jana Bertels/Kian Niroomand

Im Zentrum einer sozialdemokratischen Architektur und Stadtentwicklung muss immer der Mensch stehen. Hier hat Berlin in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts Maßstäbe gesetzt. Daran wollen wir wieder anknüpfen und bezahlbaren Wohnungsbau mit architektonischem Anspruch verbinden.

Die Debatte um den Städtebau und die Architektur in der historischen Berliner Mitte ist seit den 1990er Jahren vor allem durch zwei Perspektiven geprägt: Auf der einen Seite steht der Wunsch nach mehr historischer Stadtidentität, auf der anderen Seite der Wunsch nach moderner Architektur. Nach dem Mauerfall wurde der Begriff der sog. „Kritischen Rekonstruktion“, der auf der Internationalen Bauausstellung im Jahr 1987 geprägt wurde, zum Leitbild für die Stadtentwicklung erhoben. Mit dem Planwerk Innenstadt wurde dieses Leitbild insbesondere in der Berliner Mitte verankert. Damit sollen vor allem sog. „Sünden“ der modernen Nachkriegsstadtplanung zugunsten einer vermeintlich historischen Kontinuität (vor allem zur Zeit Preußens) rückgängig gemacht werden, die es so nie gegeben hat. Hierfür steht z.B. das Stadtschloss und auch die Debatte um den Molkenmarkt. Dabei wird aus unserer Sicht die Vergangenheit auf eine bestimmte Perspektive verengt und zugleich idealisiert. Historische Brüche in der Entwicklung der Stadt werden damit einfach ausgeblendet. Diese Brüche sollten aber weiterhin sicht- und erfahrbar sein. Sie gehören zur Identität von Berlin. Der Umgang mit dem historischen Erbe ist für die Berliner Mitte aus unserer Sicht wichtiger als die Rekonstruktion des preußischen Erbes. Berlin ist nicht Potsdam - und das ist auch gut so!

Investoren wurden nach der Friedlichen Revolution in die Stadt geholt, um den Städtebau in Schwung zu bringen. Das war auch unserer Sicht nicht per se schlecht, auch weil Berlin zu dieser Zeit selbst nicht ausreichend Mittel für eine Bebauung hatte. Es wurden aber zu wenige architektonische, nutzungsbezogene und städtebauliche Vorgaben gemacht. Hierbei wurden ohne Frage auch Fehler begangen. Insbesondere der Potsdamer Platz und die Europa-City als komplett neue Stadtquartiere stehen für kühle und überteuerte Investorenarchitektur, hier hat Berlin nicht an die große städtebauliche und architektonische Tradition anknüpfen können. Eine Art Milieuschutz für die Berliner Mitte gab es damals nicht, hätte es aber geben sollen. Erst mit dem Stopp des Verkaufs landeseigener Grundstücke wurde dem ein effektiver Riegel vorgeschoben. Seitdem kann das Land besser die Bebauung steuern, auch über das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung. Wir wollen die Möglichkeiten der Bezirke stärken, hier steuernd einzugreifen. Dabei geht es uns immer um die Bedürfnisse der Berlinerinnen und Berliner. Hierzu zählt preiswerter Wohnraum, der Vorrang des Ausbau Umweltverbunds (Bahn, Bus und Fahrrad) und eine Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Gewerbe.

Hinsichtlich des Molkenmarkts halten wir - wie unser Bausenator Christian Gaebler - „historische Bezüge“ für sinnvoll, wollen aber „keine historische Rekonstruktion“. Als Sozialdemokrat:innen ist uns in Anbetracht der Wohnungskrise besonders wichtig, dass dort bezahlbare Wohnungen statt Luxusapartments entstehen müssen.

5. **Stadtentwicklung.** Mängel der Stadtgestaltung aus der Nachwendezeit und das Hin und Her der vergangenen Jahre bei dem Umgang mit der Stadtmitte haben inzwischen Spuren der Entleerung und Enturbanisierung hinterlassen, so in der Friedrichstraße (Wegzug der „Galeries Lafayette“, nachlassende Kaufkraft in der gesamten Friedrichstraße, Potsdamer Platz, Alexanderplatz), wie auch kulturell (z.B. Wegzug der Kultur vom Potsdamer Platz).

Wie sieht Ihr eine Politik, die Berliner Mitte vor einem weiteren Bedeutungsverlust zu bewahren bzw. die Anziehungskraft zu stärken? Was haltet Ihr davon, ein Gesamtkonzept für die kulturelle Nutzung, den Verkehr und die Freiräume in der Stadtmitte zu entwickeln? (Hierzu auch Frage 6.)

Antwort zu 5.: **Jana Bertels/Kian Niroomand**

Die Debatte um die Berliner Mitte in den vergangenen Jahren hat sich zu wenig um die Menschen bemüht, stattdessen eine Projektionsfläche für unterschiedliche Vorstellungen von öffentlichem Raum geboten. Stadtentwicklung ist für uns eine gesamtheitliche Aufgabe, bei der Wohnraum, geschäftliche Betätigungsfelder und attraktive Naherholungsangebote wie Parks, familiengerechte und soziale Infrastruktur und kulturelle Angebote zusammen gedacht werden müssen. Nur wenn dies gelingt - und wir den öffentlichen Raum, der insbesondere am Potsdamer Platz massiv zurückgedrängt wurde, wieder zurückgewinnen - können die Zentren (und das betrifft nicht nur die zentralen Bereiche Berlins) wieder zu attraktiven Orten des Miteinanders werden. Dabei spielt die Kultur eine zentrale Rolle. Und zwar in allen ihren unterschiedlichen Spielarten.

Dafür braucht es Räume, die wir über eine Stärkung des Modells der kooperativen Baulandentwicklung schaffen wollen. Wer Baurecht möchte, muss auch einen Beitrag zur Stadt leisten. Das kann sich in Kitas, in Flächen für dezentrale Kultur oder in sozialen Begegnungsräumen ausdrücken.

Für die zentralen Bereiche ist dies eine besondere Herausforderung, da es hier an Kiezstrukturen fehlt. Gleichzeitig finden sich dort zahlreiche kulturelle Einrichtungen des Landes, die wir miteinander verbinden und Bezüge zu den Kiezen stärken wollen. Interessant ist hierfür die Idee des ehemaligen Mitglieds des Abgeordnetenhauses Frank Jahnke, ein „Band der Kultur“ für die Innenstadt zu entwickeln, bei dem der Molkenmarkt mit Kulturorten, wie beispielsweise der Alten Münze zusammen entwickelt werden sollen. Aber auch Initiativen, bei der sich etablierte - und staatlich hochsubventionierte - Institutionen in die Kieze begeben, wie dies etwa die Komische Oper eindrucksvoll tut, stellen für uns sinnvolle Projekte dar.

Ein Konzept muss deshalb die Kieze und die zentralen Bereiche und ihre Wechselwirkungen in den Blick nehmen. Nur wenn es gelingt, die Kulturinstitutionen in den Zentren für alle Berlinerinnen und Berliner attraktiv zu machen, können sie ihre Funktionen für die Belebung insbesondere der historischen Mitte wieder wahr nehmen.

Antwort zu 5. : **Luise Lehmann/Raed Saleh**

Wir sympathisieren mit der Idee des „Bands der Kultur“, bei dem der Molkenmarkt mit Kulturorten wie der Alten Münze zusammen entwickelt werden soll. Insgesamt glauben wir, dass die gesamtstädtische Steuerung mit Blick auf kultur-, wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Fragen sich in den vergangenen Jahren zu häufig auf einzelne, zum Teil ideologisch aufgeladene Fragen verengt hat, wie das Beispiel der Friedrichstraße eindrucksvoll vermittelt hat. Die Idee, mittels eines Gesamtkonzepts für die kulturelle und wirtschaftliche Nutzung der Stadtmitte weg vom „Klein-Klein“ zu kommen, finden wir deshalb gut. Die Menschen in unserer Stadt überzeugen wir mit gut durchdachten Konzepten und Ideen, nicht durch 800 Meter autofreier oder stattdessen befahrbarer Friedrichstraße.

Antwort zu 5. Nicola Böcker-Giannini/Martin Hikel

Die Frage nach der Zukunft der Galeries Lafayette beantworten wir bei 6.

Eine Stadt wie Berlin war, ist und wird immer dem Wandel unterliegen, der für sich gesehen positiv ist. Geschichtliche Brüche, wie sie Berlin durchleben musste, hatte allerdings kaum eine andere Metropole in dieser Form.

Was allerdings in Berlin nicht gelungen ist, ist die Umsetzung einer Stadtplanung, mit der sich insbesondere die Innenstadtquartiere zu dauerhaft lebendigen Vierteln hätten entwickeln können. Die Friedrichstraße steht dafür exemplarisch. Wir sehen hier die Notwendigkeit, mit der Stadtgesellschaft, vor allem den Anwohnenden und der Gewerbewirtschaft, ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln. Insofern würden wir die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die kulturelle Nutzung, den Verkehr und die Freiräume der Stadtmitte unterstützen. Wir halten es darüber hinaus für unabdingbar, dass solche Konzepte auch mit konkreten Umsetzungsschritten verknüpft werden, deren Vollzug auch kontrolliert werden kann.

Die spätere Überzeugung des SPD-Senatsbaudirektor Hans Stimmann, dass vor allen Dingen eine kleinteiligere Parzellierung ein Garant für vielfältige Architektur ist und darüber hinaus ein neuer gesellschaftlicher Diskurs über die Reurbanisierung der verlorengegangenen historischen Mitte Berlins geführt werden müsste, wie es jetzt zum Beispiel am Molkenmarkt nach jahrzehntelanger Diskussion endlich auch umgesetzt wird, sehen wir ähnlich. Auch könnte aus städtebaulicher Sicht und weg von der reinen kulturellen Betrachtung eine attraktive und innerstädtische Wohnbebauung zusätzlich entstehen.

6. **ZLB.** Seit dem Mauerfall (und historisch gesehen schon sehr viel länger) wird in Berlin um den Bau einer Zentral- und Landesbibliothek gerungen. Nach vielen gescheiterten Anläufen und dem „Weglassen“ dieser Fragen in der schwarz-roten Koalitionsvereinbarung ist durch die bedauernswerte Entscheidung der „Galeries Lafayette“, sich aus Berlin zurückzuziehen, in der Friedrichstraße eine mögliche neue Option für die Einrichtung einer Zentral- und Landesbibliothek entstanden, die vom Kultursenator wie auch von Fachleuten unterstützt - darüber hinaus allerdings weitgehend beschwiegen wird.

Wie ist Eure Meinung hierzu?

Antwort zu 6. Nicola Böcker-Giannini/Martin Hikel

Wir stehen diesem Vorschlag aus vielen Gründen sehr positiv gegenüber und haben auch keine Probleme damit, den amtierenden Kultursenator (wobei die Idee ja bereits von seinem Vorgänger Klaus Lederer kam) dabei zu unterstützen, denn die Friedrichstraße verliert immer mehr an Attraktivität. Einkaufsmöglichkeiten allein gewährleisten die Attraktivität dieser Straße offensichtlich nicht. Deshalb scheint die Ansiedlung der Zentral- und Landesbibliothek eine Option zur dauerhaften Belebung des Quartiers zu sein.

Wenn nun die ZLB dort ihr neues Refugium finden kann, würden gleich mehrere Probleme gelöst:

- a) Die ZLB fände endlich ein ausreichend großes Zuhause.
- b) Die Aufwertung der Friedrichstraße durch das neue Nutzungsangebot und ein attraktives Ambiente für die ZLB könnte sehr viele Menschen anziehen, wovon das gesamte Umfeld profitieren könnte.
- c) Die Diskussion um die Zusammenlegung der bisherigen drei Standorte der ZLB und die Sanierungskosten für die Standorte könnte endlich einer positiven Lösung zugeführt werden.
- d) Das Gebäude selbst würde einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden und verkäme nicht zur nächsten leerstehenden Immobilie, die dann die Zukunft der Friedrichstraße noch mehr in Frage stellen würde.

In Amsterdam ist beispielsweise eine phantastische neue Bibliothek entstanden, multimedial, vernetzt und vor allem auch sonntags geöffnet. Solche neuen Nutzungs- und Angebotsformen müssen wir konsequent von Anfang an mitdenken, um das Projekt zum Erfolg zu führen. Die Besucherzahlen in Amsterdam sprechen hier eine deutliche Sprache.

Antwort zu 6.: Jana Bertels/Kian Niroomand

Wir halten die Summe von 700 Millionen Euro ein zu hohe Last, auch wenn das Gebäude der Galeries Lafayette auf der Friedrichstraße ein attraktives ist, dass wir auch im Sinne der Stadtentwicklung und der Friedrichstraße selbst für die öffentliche Hand im Blick behalten sollten. So aber stellt das Angebot des Investors Tishman Speyer kein wirtschaftliches Angebot für die Übernahme für die ZLB dar. Der Investor hat die Immobilie im Übrigen vor ein paar Jahren für 125 Millionen von der Allianz Gruppe erworben.

Wir begrüßen daher, dass die SPD Fraktion sich darauf verständigt hat, in dieser Legislatur das Bibliotheksgesetz und das Musikschulgesetz auf den Weg zu bringen, beide verbunden mit quantitativen wie qualitativen Standards. Wir wissen, dass auch einige Sozialdemokrat:innen sich den prestigeträchtigen Umzug wünschen würden. Angesichts der aktuellen Haushaltslage ist dies aber derzeit - insbesondere angesichts drohender Kürzung bezirklicher Sozialprojekte - nicht darstellbar. Was die künftige Standortsuche betrifft: Bibliotheken als niedrigschwellige Bildungsorte sollten aus unserer Sicht nah an Wohn- und Lebensräumen sein, in der Nachbarschaft.

Ein für uns wichtiger Schwerpunkt für Kulturinvestitionen liegt auf der Weiterentwicklung des Campus für Demokratie mit dem Forum für Opposition und Widerstand. Dieses Projekt möchten wir weiter voranbringen.

Antwort zu 6. : Luise Lehmann/Raed Saleh

Die ZLB in das demnächst freiwerdende Gebäude der Galeries Lafayette umzuziehen, wirkt verlockend und wäre wahrscheinlich auch für die Friedrichstraße ein Gewinn – wäre da nicht die Summe von nahezu 700 Millionen Euro, mit der der Kauf der Immobilie des privaten Investors Tishman und Speyer zu Buche schlägt. Die SPD Fraktion hat sich darauf verständigt, in dieser Legislatur das Bibliotheksgesetz und das Musikschulgesetz auf den Weg zu bringen, beide verbunden mit quantitativen wie qualitativen Standards. Im Hinblick auf Investitionen liegt der Schwerpunkt auf der Sanierung und Weiterentwicklung der Komischen Oper.

7. **Alte Münze.** Eines der größten aktuellen Kultur-Projekte in Berlin, das auch in der Koalitionsvereinbarung gewürdigt wird - die Entwicklung der „Alten Münze“ zu einem kulturellen Zentrum mit Beteiligung der Freien Szene - ist quasi über Nacht freihändig an einen privaten Betreiber und ohne ein nachvollziehbares Verfahren abgebrochen worden. Wie kann der offensichtliche Abschied von einer Entwicklung und Weiterentwicklung kultureller Projekte gestoppt werden? Soll das Projekt der „Alten Münze“ wieder aufgenommen werden?

Antwort zu 7. : **Luise Lehmann/Raed Saleh**

Wir stehen zum Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin von 2018, die Alte Münze zu einem Kulturstandort zu entwickeln und sind mit der Freien Szene im Austausch. Wir respektieren die in einem intensiven Beteiligungsprozess entstandene Charta der Alten Münze. Eine freihändige Vergabe an einen Investor ohne Ausschreibung und ohne Kriterien bzw. Nutzungsvorgaben wird es mit uns nicht geben. Berlin braucht dringend Räume für Kunst und Kultur.

Antwort zu 7.: **Jana Bertels/Kian Niroomand**

Der Beschluss des Abgeordnetenhauses 2018 war richtig, die Alte Münze zu einem Kulturstandort zu entwickeln. Wir sind auch froh, dass die SPD Fraktion hierzu mit der Freien Szene im engen Austausch geblieben ist und würden als Partei ebenfalls unterstützend tätig sein. Wir respektieren die in einem intensiven Beteiligungsprozess entstandene Charta der Alten Münze. Der Senat muss aber hier eine ordentliche Ausschreibung sicherstellen, um klaren Kriterien bzw. Nutzungsvorgaben eine kulturpolitisch sinnvolle Umsetzung des Standortes sicherzustellen. Berlin braucht dringend Räume für Kunst und Kultur.

Es ist aber auch klar, dass das Land Berlin die Mittel für die komplette Sanierung nicht alleine aufbringen und die Alte Münze betreiben kann, gerade bei einem Sanierungsbedarf von bis zu 200 Mio. Euro gegenüber bereitstehenden SIWANA Mitteln in Höhe von 46 Mio. Euro. Wir plädieren deshalb für eine Mischnutzung mit einer kommerziellen Nutzung durch einen Gesamtmieters, um den Finanzdruck gerecht zu verteilen und Kulturräume dort preiswert an die Freie Szene vermieten zu können.

Antwort zu 7. **Nicola Böcker-Giannini/Martin Hikel**

Diese Entwicklung ist ein Trauerspiel und ein Affront gegenüber den dort ansässigen Kunst- und Kulturinstitutionen. So etwas darf in einer sich selbst als Kunstmetropole sehenden Stadt nicht passieren. Wir würden eine Rückabwicklung der Übertragung an einen privaten Betreiber unterstützen. Da wir die rechtlichen Modalitäten nicht kennen, wissen wir aber nicht, ob das noch möglich ist.

Kultur ist kein „Nice-to-have“, sondern das Elixier einer modernen, freien und vielfältigen Stadt. Deshalb würden wir uns dafür einsetzen, dass Kulturprojekte wie dieses trotz finanzieller Engpässe nicht geopfert werden. Kulturelle Orte wie die Alte Münze oder die Uferhallen im Wedding stellen dabei nur die Spitze des Eisberges dar, wir würden uns dafür stark machen, auch die vielen kleinen Räume und Orte für die Kultur zu sichern.

8. **Sparpolitik.** Nur kurze Zeit nach dem Abschluss der Koalitionsvereinbarung wurde deutlich, dass sich Berlin einer umfassenden Kürzungspolitik gegenüber sieht. Die Reaktion des Finanzsenators, allen Ressorts pauschalisierte und z. T. nicht realisierbare Minderausgaben vorzugeben, macht sich für die Kultur besonders krass bemerkbar, weil hier der größte Teil der Haushaltsmittel unmittelbar an Dritte, d.h. Projekte bzw. Institutionen weitergegeben wird.

War diese Situation nicht schon vorher absehbar? Ist die Koalitionsvereinbarung aus diesem Grund mehr ideologisch als substantiell ausgefallen? Was ist die strategische Antwort der SPD?

Antwort zu 8.: **Jana Bertels/Kian Niroomand**

Auch wir als Kandidierende für den Landesvorsitz der SPD Berlin kritisieren die intransparente Kommunikation über die aktuelle Haushaltslage und haben in den vergangenen deutlich formuliert, dass wir uns im Vorfeld der Aufstellung des Haushaltes mehr Ehrlichkeit in der Kommunikation über die tatsächliche Situation gewünscht hätten. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage muss aus unserer Sicht dennoch sichergestellt werden, dass Projektträger im Kulturbereich ihre Zuwendungen erhalten und die SPD und die Koalition insgesamt dort als verlässliche Partnerin agiert.

Über alle Bereiche der Kunst und Kultur hinweg ist es wichtig, auch in finanziell herausfordernden Zeiten, weiterhin kleine, innovative Projekte zu fördern. Hierfür wollen wir uns als SPD Berlin stark machen. Aus strategischen Gründen sollten wir insbesondere im Hinblick auf die Bedrohung unserer Demokratie durch Rechte sicherstellen, dass es keinesfalls zu Einsparungen im Bereich der Vermittlung von Demokratiegeschichte, Diktatur- und Repression-Erfahrung und Opposition und Widerstand kommt. Unter diesem Gesichtspunkt sollten die (anteiligen) Landesmittel für die außerschulischen Bildungsangebote der Gedenkstätten und Lernorte, wie u.a. der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand der Gedenkstätte Berliner Mauer, des Lernorts Keibelstraße, und der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, aber gerade auch kleinerer, innovativer, erinnerungspolitische Projekte in diesem Zusammenhang nicht gekürzt werden. Auch sollten die Gedenkstättenlehrerinnen und Gedenkstättenlehrer bei der Gedenkstätte Hohenschönhausen erhalten bleiben. Dafür wollen wir uns gerne als Landesvorsitzende mit aller Kraft einsetzen.

Antwort zu 8.: **Nicola Böcker-Giannini/Martin Hikel**

Wir haben es bei Frage 7 schon angedeutet: Kunst und Kultur ist weit mehr als ein „Nice-to-have“. Es ist die Quintessenz einer Stadt wie Berlin.

Die pauschalen Minderausgaben, mit denen uns der Senat und auch unser Fraktionsvorsitzender konfrontiert haben, stellen sowohl die Senatsverwaltungen als auch die Bezirke vor große Herausforderungen. Leider steht auch die SPD in der Verantwortung für diese Entwicklung so kurz nach Verabschiedung des Haushalts. Dies hat uns als SPD bei vielen Menschen in unserer Stadt einen weiteren Vertrauensverlust beschert. Daher dürfen wir in zukünftigen Haushalten keine ungedeckten Schecks mehr verstecken, sondern müssen wieder eine für alle planbare und verlässliche Haushaltspolitik betreiben.

Bei aller Notwendigkeit zur Setzung von Prioritäten, dürfen die Kürzungen nicht zuallererst zulasten Projekte und Institutionen Dritter gehen. Das gilt für den Kulturbereich genauso wie bspw. im Jugend-, Sport- oder Gleichstellungsbereich. Denn gerade diese Projekte sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und schaffen wichtige ideelle und wirtschaftliche Mehrwerte für unsere Stadt.

Antwort zu 8.: **Luise Lehmann/Raed Saleh**

In der Zeit der Corona-Krise haben wir uns in Berlin entschieden, die Wirtschaft, Kulturschaffende, Soloselbstständige und ebenso zivilgesellschaftliche Akteure mit Milliardensummen zu unterstützen, um Arbeitsplätze zu sichern und soziale Härten abzufedern. Dieser Kurs wurde von der SPD maßgeblich getragen. Nun sieht sich Berlin – so wie alle Bundesländer – mit Sparvorgaben konfrontiert, da die Zeit der Milliardenhilfen zu Ende ist.

Klar ist für uns, der Haushaltsgesetzgeber sitzt im Parlament, nicht in der Finanzverwaltung. Diesen Gestaltungsanspruch werden wir als SPD weiter nutzen. Die SPD-Fraktion hat darum

erst kürzlich einen Beschluss gefasst, in welchem der Senat dazu aufgefordert worden ist, anhand klar definierter Richtlinien dem Parlament bis Ende April Kürzungsvorschläge vorzulegen. Unser Versprechen gilt dabei weiterhin: Mit uns wird es keinen sozialen Kahlschlag geben – weder bei der Gebührenfreiheit, die für Hunderttausende Berliner Familien das Leben in unserer Stadt bezahlbar hält, noch im Kulturbereich. Unsere SPD ist der Garant für eine soziale Politik in Berlin.

Mitglied werden im Kulturforum!

Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie e.V. ist ein gemeinnütziger Verein. Die Mitgliedschaft im Kulturforum ist nicht an die Mitgliedschaft in der SPD gebunden.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich € 50,--, ermäßigt € 30,--. Das Eintrittsformular befindet sich auf unserer Website (www.kultur-in-berlin.com) im Menü "Verein".

Der Newsletter kann unabhängig von der Mitgliedschaft unter post@kultur-in-berlin.com bestellt werden.

Impressum

Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie e.V.
c/o Joachim Günther, Berolinastr. 6, 10178 Berlin

Mail: post@kultur-in-berlin.com

Homepage: www.kultur-in-berlin.com

Vors.: Joachim Günther

Stellv. Vorsitzende: Frederike Enders, Klaus-Jürgen Scherer

Schatzmeisterin: Katarina Sühlo

Schriftführerin: Dorothee Mortensen

Beisitzer*innen: Thomas Hippe, Ulrich Horb, Brigitte Lange, Max. E. Neumann,